

Delegiertenversammlung des Föderativverbandes.

„Bundesrat, so geht es nicht!“

Der Kampf gegen Entlassungen und Sozialabbau beim Bundespersonal und für einen starken Service public standen im Zentrum der Delegiertenversammlung des Föderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe FöV. Mit Resolutionen und einer Kundgebung wurde insbesondere gegen den Entwurf des neuen Bundespersonalgesetzes protestiert.

Deutliche Worte gebrauchte der Präsident des Föderativverbandes, Hans Ueli Ruchti (PTT-Union) in seinem Grundsatzreferat: „Wenn die Mächtigen sparen, dann tun sie es auf Kosten der Ohnmächtigen, wenn die Mächtigen sparen, tun sie es vornehmlich bei den eigenen Steuern. Der Staat muss mit immer weniger Geld immer mehr soziale Probleme bewältigen. Dem gleichen Staat werden auf diese Weise finanzielle Mittel für andere, ebenso wichtige Aufgaben entzogen. Dies trifft auch den Service public.“ Gerade für einen guten Service public müsse aber heute gekämpft werden, denn die gut funktionierenden öffentlichen Dienste seien eine wesentliche Grundlage für die hohe Lebensqualität in der Schweiz.

In den Jahren 1992 bis 1997 wurden in der Schweiz insgesamt über 16'000 Bundesarbeitsplätze (bei SBB, PTT und in der allgemeinen Verwaltung) abgebaut. Die kommen-den Reformen bei Post, SBB und den Rüstungsbetrieben werden weitere Stellen kosten. Gegen diesen „Ausverkauf des öffentlichen Dienstes“ leiste der Föderativverband Widerstand.

Falsche Entscheidungen

Der Föderativverband stelle sich keineswegs gegen sinnvolle Reformen, die die wirkungsvollste Antwort auf Spardruck, Privatisierung, Deregulierung und Angriffe auf das öffentliche Personal seien. Doch unter dem Druck einer eigendynamischen Wirtschaft treffe die Politik genau die falschen Entscheide: „Statt endlich beim Zoll- und Grenzschutzpersonal aufzustocken, will man Militär an die Grenze schicken. Überzeit malochen, statt neue Stellen schaffen.“

Konjunktur nicht gefährden

Kurz nach dem erfolgreichen Börsengang der Swisscom habe diese 1'400 Entlassungen angekündigt. Nicht einmal der Sozialplan soll eingehalten werden mit der lapidaren Begründung, das Geld fehle. Gleichzeitig explodierten aber die Löhne der Top-Kader.

Die glücklicherweise endlich wieder anziehende Konjunktur dürfe nicht durch eine „kleinliche Verweigerungspolitik“ bei den Löhnen gefährdet werden: „Die Forderungen der Gewerkschaften nach einer Lohnerhöhung sind darum mehr als gerechtfertigt und müssen durchgesetzt werden“, rief Ruchti aus. Das Personal setze sich ein für gesunde Bundesfinanzen. Es habe in den letzten Jahren insgesamt 2,5 Milliarden Franken an die Sanierung beigetragen. Jetzt brauche es aber wieder eine „positive Personal- und Lohnpolitik“, die das Personal am Produktivitätsfortschritt teilhaben lasse: „Eine Null-Runde darf es für 1999 nicht geben!“ FöV-Sekretär Hans Müller sprach zum neuen Bundespersonalgesetz BPG. Der Entwurf berge die Gefahr des Sozialabbaus. Zwar konnten in bisherigen Verhandlungen einige Verbesserungen ausgehandelt werden und weitere Verhandlungsrunden sind angesetzt. Wenn aber nicht weitere notwendige Verbesserungen durchgesetzt werden könnten, müsse auch die Option einer nationalen Kundgebung offen gelassen werden.

Delegierte demonstrieren

Während der Mittagspause fand auf dem Rathausplatz im strömenden Regen eine Demonstration der hundert FöV-Delegierten statt. In einer Resolution unter dem Titel „Bundesrat, so geht es nicht!“ formulierten die Teilnehmenden ihre Kritik am „mageren Gesetzesentwurf, welcher der Deregulierung und dem Sozialabbau Tür und Tor öffnet“. Die FöV-Begehren nach einer klaren Kompetenzordnung und nach verbindlichen Eckwerten seien noch nicht genügend berücksichtigt worden.

„Wir wollen ein Gesetz, das dem Personal eine höchstmögliche Beschäftigungssicherheit bringt und nicht eine Anleitung, wie der Bund und seine Betriebe Massenentlassungen vornehmen können. Das Gesetz muss aber auch die sozialen Standards für die Gesamtarbeitsverträge bei Post und SBB sichern. Die Stimmung im Personal ist äusserst schlecht. Der Bundesrat ist sich seiner Verantwortung offenbar nicht bewusst.“

Doris Schüepp, VPOD-Sekretärin, äusserte an der Kundgebung die Befürchtung, das BPG könnte als „schlechtes Vorbild für die Kantone und die Gemeinden“ missbraucht werden, also für fast 3'000 Arbeitgeber: deshalb könne „die Antwort zu diesem Bundespersonalgesetz nur Nein lauten“ . ,

Der öffentliche Dienst, 19.11.1998.

Föderativverband > DV. Entlassungen. Resolution. OeD, 1998-11-19